

# Massive Auswirkungen bei Frequenzumwidmung für Sicherheitsbehörden

veröffentlicht am 29.03.2023

Eine Umwidmung von Teilen des **Frequenzbandes**, das derzeit von Kultur und Rundfunk genutzt wird, zugunsten von **Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)** würde sich offenbar massiv auf den **Rundfunk- und Kulturbetrieb** in Deutschland auswirken. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der **Allianz für Rundfunk- und Kulturfrequenzen (ARK)** im Auftrag der Länder. Das Papier wurde den Ländern am gestrigen Dienstag übermittelt und liegt Tagesspiegel Background vor.

Im Zuge der Frequenzneuordnung ab 2031 wollen nicht nur **Mobilfunkunternehmen** mehr vom Frequenzkuchen bekommen (Tagesspiegel Background *berichtete* (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/kulturkiller-mobilfunk>)). Die Unternehmen wünschen sich, Teile des Spektrums zwischen **470 und 694 Megahertz (MHz)** für den Mobilfunk nutzen zu können. Auch BOS wollen innerhalb dieses Spektrums einen eigenen Frequenzbereich, um **immer größere Datenmengen** ungestört übermitteln zu können. Das würde jedoch die Rundfunk- und Kulturbranche einschränken, die das Spektrum momentan am meisten nutzt, heißt es im Papier.

Dort werden **drei Szenarien** durchgespielt. Im ersten Szenario würden BOS 20 MHz bekommen, der Rundfunk verlöre zwei Kanäle. Die Kulturbranche würde damit zehn Prozent der Kapazität verlieren. Das

heißt, dass die TV-Programme einer Programmfamilie von sieben Programmen in Teilen Deutschlands – darunter acht Landeshauptstädte – **nicht mehr ausgestrahlt** werden könnten. Zudem würde die Einführung von 5G-Broadcast erschwert oder verteuert, heißt es in der Untersuchung.

Im zweiten Szenario würden die Sicherheitsbehörden ebenfalls 20 MHz bekommen, der Rundfunk aber fünf statt wie im ersten Szenario nur zwei Kanäle verlieren. Die Kulturbranche würde somit laut Papier ein Viertel ihrer Kapazitäten verlieren, 5G-Broadcast wäre wirtschaftlich nicht mehr darstellbar. Weil in diesem Szenario alle DVB-T2-Empfänger in der Umgebung von BOS-Basisstationen gestört würden, sei ein „**Betrieb von DVB-T2 in Deutschland nicht mehr möglich**“.

Szenario drei beschäftigt sich mit dem Fall, dass BOS 60 MHz bekommen und der Rundfunk zehn Kanäle verliert. Die Kulturbranche würde die Hälfte ihrer Kapazitäten einbüßen, die Einführung von 5G-Broadcast wäre nicht mehr möglich. Auch der Betrieb von DVBT-2 wäre nicht mehr möglich.

Die ARK ist der Meinung, dass „**No Change‘ die beste Lösung** für alle Beteiligten darstellt“, heißt es im Papier. Vielmehr sollten BOS eine Vorrangstellung im 700- oder 800-MHz-Band erhalten. In der Allianz sind neben Rundfunkanstalten wie ARD und ZDF auch Vertreter der Veranstaltungsbranche und der Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI) vertreten. Ende des Jahres wird auf der **Weltfunkkonferenz in Dubai** entschieden, wie es mit dem Frequenzspektrum unterhalb von 694 MHz weitergehen soll. *Katharina Schneider*